

Auer Tageblatt

Veröffentlichung nach dem Postgesetz
und für Österreich als Postzeitung
eingetragen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpost-Nummer Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Exemplarpreis: Capitul Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nummer: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 74

Mittwoch, den 30. März 1932

27. Jahrgang

Vorbereitung einer Viermächte-Konferenz

Um Tardieus Donauplan

Viermächtekonferenz in Genf?

Paris, 28. März. „Intransigent“ glaubt zu wissen, daß sich Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Blondin wahrscheinlich am Sonnabend auf ein oder zwei Tage nach London begeben werden. Die Konferenz der vier Großmächte werde am 11. April in Genf zusammentreten.

Englische Einladung an Deutschland und Italien zur Besprechung der Donaufragen

London, 28. März. Wie erst jetzt bekannt wird, sind gleichzeitig mit der Einladung MacDonalds an Tardieu zu einer Besprechung über die Donaufragen Einladungen an den deutschen und italienischen Außenminister ergangen, deren Antworten bis jetzt jedoch noch nicht eingegangen sind. Die Konferenz soll Anfang April stattfinden und wird, wie man hier annimmt, voraussichtlich ein oder zwei Tage dauern.

Paris, 28. März. In einer heute nacht ausgegebenen Auslassung will die Agentur Havas bestätigen können, daß Ministerpräsident Tardieu Ende der Woche nach London reisen werde, um sich mit MacDonald und Sir John Simon auszusprechen. Das genaue Datum der Abreise hängt von der endgültigen Verabschiedung des Budgets durch Kammer und Senat ab. Die Konferenz der vier Mächte, Deutschland, England, Frankreich, Italien, die über das wirtschaftliche Statut der Donauländer zu verhandeln hätte, würde erst später in Genf nach Wiederaufnahme der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz beginnen.

Die italienische Regierung hat offiziell die Einladung der englischen Regierung zur Teilnahme an der Donaufonferenz angenommen.

In Frankreich ist die englische Einladung an Deutschland und Italien mit großem Unwillen aufgenommen worden. Durch die Teilnahme der deutschen und italienischen Staatsmänner sieht man in Paris den Plan Tardieus, mit MacDonald bereits vor der Verhandlung mit den übrigen Mächten zu einer Sitzung zu kommen, durchkreuzt. Aber nach den letzten Meldungen hat Tardieu seine Hoffnungen noch nicht aufgegeben. Diese Hoffnungen sind besonders gestärkt worden durch die Wahlreifepläne des Reichskanzlers und die Erörterung über die Frage, die Viermächtekonferenz erst in Genf gelegentlich der am 11. April wiederbeginnenden Abrüstungskonferenz abzuhalten. Diese französischen Betrachtungen werden also bei der Entscheidung des Reichskanzlers über Annahme der englischen Einladung und bei der Festsetzung des Konferenztermins besonders gewertet werden müssen.

Besprechungen Wien-Berlin

Wien, 28. März. Wie in politischen Kreisen verlautet, wird in den nächsten Tagen der österreichische Landwirtschaftsminister in Gesellschaft des Botschafters nach Berlin reisen, um dort mit maßgebenden Persönlichkeiten der Wirtschaft handelspolitische Fragen zu erörtern.

Deutschland nimmt teil

Berlin, 28. März. Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung im Prinzip ihre vorläufige Zustimmung zu der Einladung der englischen Regierung an einer Viermächte-Konferenz über die Donauprobleme teilgenommen, gegeben.

den Sinne an, Japan sei entschlossen, die mandchurische Frage schnellstens und gründlich zu bereinigen, eventuell ohne Berücksichtigung der Wünsche des Völkerbundes.

Einstellung der chinesisch-japanischen Feindseligkeiten

Schanghai, 29. März. Einer amtlichen japanischen Meldung zufolge ist heute früh zwischen Japan und China ein Abkommen getroffen worden, nach welchem alle Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern vollständig eingestellt werden sollen.

Die Lage Österreichs

Berlin, 28. März. Der Präsident des österreichischen Nationalrates, Karl Renner, sprach heute im Rundfunk über Österreichs Wirtschaft, die man bisher mit verhängnisvollem Optimismus beurteilt habe.

Als Zentren des wirtschaftlichen Lebens Österreichs, so führte der Redner aus, lägen außerhalb seiner Grenzen. Der Wahnsinn der heutigen Zoll-, Währungs- und Devisenpolitik führe das Land in den Ruin. Trotz freundlicher Bemühungen des Deutschen Reiches, den Verbleib aller Schwierigkeiten zum Trotz aufrecht zu erhalten, sei das Passivum der Handelsbilanz auf 274 Millionen gestiegen.

Wenn man berücksichtige, daß der Import die Ernährung, der Export den Beschäftigungsgrad für Österreich bedeutete, könne man ersehen, in welchem Maße Brot und Arbeit geringer würden.

Der Vortragende stellte die vergeblichen Bemühungen der Staatsmänner dar, eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Wirtschaftsraum der ehemaligen Monarchie zu ermbilichen. Er kennzeichnete die verfallenen Gelegenheiten, verwies auf das unheilvolle Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes und unterzog das Problem Mitteleuropas einer eingehenden Kritik. Die meisten Vorschläge hätten einen Wirtschaftsraum vorgezogen, der viel zu klein sei, um der Kernfrage nach der Aufstellung von agrarischen und industriellen Absatzmärkten gerecht zu werden. Ist es denkbar, so fragte Renner, daß Italien oder Deutschland ausgeschlossen werden könnten?

Was schließlich die paneuropäische Lösung betreffe, so erfordere sie und alle ähnlichen Kombinationen mehr Zeit, als Österreich noch zu leben haben würde. Viele Wege habe man Österreich gewiesen, aber keiner erscheine als naher Ausweg.

Der Handel mit Polen

Berlin, 28. März. Am Ostermontagabend ist ein deutsch-polnisches Abkommen getroffen worden, bei dem es sich um eine teilweise Aufhebung der Kampfmaßnahmen handelt, die seit Anfang dieses Jahres auf polnischen Gebieten von beiden Staaten angewendet worden. Dabei ist zunächst das Ziel erreicht worden, daß im großen und ganzen die Einfuhrmöglichkeiten des Jahres 1931 wiederhergestellt worden sind, von Polen für diejenigen Waren, für die die polnische Regierung Einfuhrverbote erlassen hatte. Die deutsche Regierung schränkt die Anwendung des sogenannten Obertarifes gegen Polen an.

Bekanntlich befinden wir uns mit Polen schon seit 1925 in einem Zustande des dauernden Zollkrieges. Immerhin hatte sich trotzdem ein einigermaßen ordentlicher Zustand des Warenaustausches bis 1931 entwickelt, aber seit Anfang dieses Jahres war der Zollkrieg außerordentlich verschärft worden, so daß sich beiderseits der Wunsch nach Verhandlungen ergab. Das Ergebnis besteht darin, daß die härtesten Kampfmaßnahmen beiderseits außer Kraft treten. Die Polen werden vor allem für eine Reihe deutscher Industrielerzeugnisse bestimmte Einfuhrkontingente zugewiesen, während Deutschland eine Erleichterung der Einfuhr polnischer Butter und polnischer Eier nach Deutschland zuläßt.

Der Eindruck der Rede Tardieus in Berlin

Berlin, 28. März. Die Rede, die Tardieu gestern im Senat zum auswärtigen Stat gehalten hat, wird in Berliner politischen Kreisen als eine Propaganda für die französischen Pläne aufgefaßt. Besonders beachtet man die Stelle aus der Rede, in der Tardieu den Völkerbund be-

Gerüchte über einen Anschlag auf den Kanzler

Freiburg i. Br., 28. März. Gegen das Portal des Hotels Rösslerbad in Badenweiler wurde heute früh um 8 Uhr von Unbekannten ein Feuerwerkskörper geschleudert, wobei einige Glasfenster des Portals zertrümmert wurden. Von den zahlreichen Hotelgästen wurde der Vorfall nur wenig beachtet, was für seine Harmlosigkeit zeugt. Er gab aber Anlaß zu un sinnigen Gerüchten über einen Anschlag auf Reichskanzler Dr. Brüning, der übrigens in einem anderen Hotel in Badenweiler sich aufhält. Mit einem Anschlag auf den Reichskanzler hat der Vorfall nicht das geringste zu tun; er ist vielmehr als Dummenjungenstreich zu bewerten.

Wahlent

Berlin, 28. März. Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Kommission teilt mit: In verschiedenen Gegenden Deutschlands wird von nationalsozialistischen Waschlageranten, um in die Bevölkerung Unruhe zu tragen, das Gerücht verbreitet, die Reichsregierung beabsichtige durch eine Notverordnung eine einmalige Bodenabgabe in Höhe von 10—20 RM je Morgen zu erheben. Wir stellen nach Anfrage bei zuständigen Stellen fest, daß diese Meldung frei erfunden ist. Ebenfalls aus wohlpropagandistischen Gründen wird in einzelnen Gegenden des Reiches das Gerücht verbreitet, die jetzt 2 Prozent betragende Umsatzsteuer solle durch eine neue Notverordnung auf 4 Prozent erhöht werden. Dazu wird uns aus dem Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß an dieser Nachricht kein einziges Wort wahr sei. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer sei weder geplant noch auch in irgendeiner anderen Form in Erwägung gezogen worden.

Das Dirschauer deutsche Gymnasium endgültig unterdrückt

Dirschau, 26. März. Eine Überraschung besonderer Art hat das polnische Kultusministerium der deutschen Bevölkerung in Dirschau und Umgebung bereitet. Auf den Einspruch des Direktoriums gegen die Schließung des deutschen Gymnasiums in Dirschau hat jetzt das Kultusministerium als letzte Verwaltungsinstanz dem Direktor

durch das Thorner Kuratorium einen endgültigen abschlägigen Bescheid zukommen lassen. Die letzte Hoffnung der deutschen Eltern ist jetzt die Beschwerde beim Völkerbund, die in dieser Angelegenheit bereits anhängig gemacht worden ist.

Amerika erwartet deutsch-französische Verständigung

Washington, 26. März. Der Präsident der Handelskammer in Washington, Elias H. Strawn, erklärte in einem Bericht über seine Europareise, eine gewisse Hoffnung auf eine Verständigung in der Reparationsfrage, die nach wie vor das dringendste Problem der Weltwirtschaft sei, liege darin, daß sowohl Reichskanzler Brüning als auch Ministerpräsident Tardieu realistisch denkende Staatsmänner seien, die Verständnis für den von beiden Regierungen eingenommenen Standpunkt in dieser Frage hätten. Es sei besonders anzuerkennen, daß Deutschland alle Anstrengungen mache, seine privaten Schuldverpflichtungen zu erfüllen.

Neue Drohung Japans mit Austritt aus dem Völkerbund

Tokio, 26. März. Nach Wittermeldungen beabsichtigt die Regierung, dem Völkerbund formell mitzuteilen, daß Japan aus dem Völkerbund austreten werde, wenn dieser auf der Anwendung des Artikels 15 des Statuts auf den mandchurischen Konflikt bestohe. Während Wälder erörtern die Austrittsabsicht unter ausdrücklicher Betonung des Ernstes der politischen Lage. Das Außenministerium und Kriegsministerium sowie andere Regierungsstellen hätten eine Sitzung in dieser Frage erzielt, so daß die letzten Meldungen keineswegs nur mehr den Charakter von Versuchsbällen hätten. Die Verhandlungen in Genf hätten gezeigt, daß der Völkerbund nur ungenügendes Verständnis für die asiatische Lage hätte. Auch hätten kleinere Mitgliedsstaaten des Völkerbundes unter Außerachtlassung größerer Gesichtspunkte den Konflikt zum Anlaß genommen, ihre eigene Position im Völkerbund durch Kundgebung gewisser Völkerbundstheorien zu stärken. Beides erschwert und verzögert die direkten Verhandlungen zwischen Japan und China und damit die Liquidation des Konfliktes. Aus diesem Grund halte Japan das Aussteigen aus dem Völkerbunde für ratsam. Der Kriegsminister kündigt in dem glei-